

Bezugspreis:
Jahrespreis 10.— Mk., monatlich 1.— Mk.,
für ins Haus gebracht zahlbar. Post-
bezugs monatlich 10.— Mk., zzgl. An-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich 16.70 Mk.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 Mk. Post-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Einzeltage in
die Postzeitung-Veranstaltung.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntag-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokratischer Verlag“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltigen Komparativzeilen
für 1000 Eindrücke 100 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ das ein-
gedruckte Wort 1.— bis 100 Pf.,
je nach dem Platz, aber nicht
weniger als 50 Pf. Stellengeld und
Schließstellenanzeigen das erste Wort
10 Pf., jedes weitere Wort 4 Pf.,
Worte über 15 Buchstaben bilden für
zwei Worte. Textanzeigen 100 Pf.,
Familien-Anzeigen für Abonnenten
halbe 1.— Mk., politische und so-
zialistische Vereine 1.— bis 2.— Mk.,
die alle ohne Rücksicht auf
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Bauzettelamt, Berlin SW 1, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Beilagen
vom 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Kedaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 28. Oktober 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Helgoländer Hochverräter.

London, 28. Oktober. (Dena.)

Der Berliner Korrespondent der „Times“ sendet seinem Blatte eine längere Darstellung über die Wünsche und Beschwerden der Helgoländer, in der sehr merkwürdige Dinge zur Sprache gebracht werden, von denen die deutsche Öffentlichkeit bisher wenig oder gar nichts gewußt hat. So berichtet er u. a., daß eine Abordnung von führenden Helgoländern, die die ganze einheimische Bevölkerung der Insel zu vertreten vorgab, in Berlin gewesen sei, um dem britischen Botschafter, die „durch die deutsche und preussische Regierungspolitik schwer bedrückte Lage“ der Inselbevölkerung darzulegen. Die Deputation bestand aus 4 Eingeborenen, die alle noch unter der britischen Herrschaft geboren waren, sich ihres heimischen friesischen Dialektes bedienen und nur zur Ergänzung das Englische zu Hilfe nahmen, obwohl sie, wie der Korrespondent betont, auch das Deutsche beherrschten. Die Deputation trat zwar den Botschafter selbst nicht an, wurde jedoch vom britischen Geschäftsträger mit großer Sympathie begrüßt, der sich bereit erklärte, die Wünsche und Beschwerden der Helgoländer an die Londoner zuständigen Stellen weiterzuleiten. Der „Times“-Korrespondent berichtet weiter, daß schon am 3. März die Helgoländer an Lord George, an das Auswärtige Amt in London und an den Botschafter eine Denkschrift gerichtet haben, in der sie schwere Angriffe besonders gegen die preussische Regierungspolitik richteten, die ihre Auffassung nach dazu angeht, die eingeborene Bevölkerung auf Helgoland „auszurotten“ und durch eingewanderte fremde Elemente völlig nach dem Binnenlande zu verdrängen.

Daß ein immerhin noch zum Verlande des Deutschen Reiches gehöriger Volksteil, sei er auch noch so klein, sich hier unter Umgehung aller deutschen und preussischen Regierungsstellen einfach an die diplomatische Vertretung eines fremden Landes wendet, um seine Wünsche und Beschwerden vorzutragen, ist ein so ungeheurer Vorgang, daß man nicht recht begreift, warum die Regierung diese Dinge, die ihr doch zweifellos bekannt gewesen sein müssen, bisher mit Stillschweigen beantwortet hat. Der „Vorwärts“ hat bereits vor einigen Wochen auf das hochverräterische Treiben Helgoländer Kapitalisten hingewiesen. Was gebietet die Regierung jetzt zu tun, nachdem der Landesverrat offen zutage liegt?

Die Escheriche in Sachsen.

Dresden, 28. Oktober. Die „Dresdener Volkszeitung“ knüpft an die Enthaltungen der Chemnitzer „Volkstimme“ folgende Bemerkung: „Wie und mitgeteilt wurde, hat der Minister des Innern, Genosse Mübn, die sofortige Entlassung der zwei Offiziere der Sicherheitspolizei, Hauptmann Conradi und Leutnant Schalle, verfügt. Weitere Maßnahmen werden hoffentlich folgen.“ — Die unabhängige „Volkszeitung“ teilt in ihrer Abendausgabe mit, daß sie ebenfalls im Besitz von Material sei, wonach die Organisation Escherich im September in Dresden eine geheime Sitzung abgehalten habe.

Kommunisten und Erwerbslose.

Hamburg, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Erwerbslosenräte von Hamburg und Altona hätten für gestern nachmittag eine große Erwerbslosenversammlung einberufen. Sie war sehr überfüllt und wurde von Kommunisten beherrscht. Diese setzten den Vorstand sofort ab und erklärten die Erwerbslosenräte überhaupt für abgeschafft. Es wurden einige Anträge angenommen, in denen unter anderem gefordert wurde die Höhe der Erwerbslosenunterstützung bis zur Gleichstellung mit den Lohnlöhnen der in Arbeit stehenden Genossen. Im Anschluß an die Versammlung wurde ein Demonstrationsversuch unternommen, jedoch zerstreute die Polizei die Ansammlungen bereits in ihrem Anfang. Die von der Hamburger Ordnungspolizei im größeren Umfang getroffenen Sicherheitsmaßnahmen waren unnötig.

Die Forderungen der Deutsch-Böhmen.

Prag, 28. Oktober. Die „Bohemia“ veröffentlicht eine Interpellation, die der deutsche parlamentarische Verband in der heutigen Sitzung der tschechischen Nationalversammlung einbringen wird. Die Interpellation verweist auf die zahlreichen Fälle der Anfechtung und Vergewaltigung des deutschen Volkes durch die tschechische Bevölkerungsmehrheit in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung. Die Enttäuschung und die Erbitterung der Deutschen über diese Lage habe in manchen Bevölkerungsschichten den Wunsch wachgerufen, daß sich die deutschen Volksvertreter nicht mehr an den Arbeiten der Nationalversammlung beteiligen. Indessen wollten die Interpellanten nochmals versuchen, zu einer Besserung der Verhältnisse zu gelangen, und wenden sich deshalb an die Regierung und an die Nationalversammlung, um zu erfahren, ob wenigstens für die dringendsten Forderungen der Deutschen auf Verständnis und Berücksichtigung geachtet werden kann.

Um den Versailler Frieden.

Paris, 28. Oktober. „Journal des Debats“ veröffentlicht eine halbamtliche Erklärung über den Beschluß des englischen Ministeriums, auf § 18 Teil 8 Abschnitt II des Vertrages von Versailles zu verzichten. Das Londoner Kabinett habe den Botschafter durch seinen Vertreter in Paris von der getroffenen Entscheidung und der der deutschen Regierung gemachten Mitteilung in Kenntnis gesetzt. Es sei deshalb sehr wahrscheinlich, daß der Botschafter in einer seiner nächsten Sitzungen mit der Frage befaßt werde. Er werde zu prüfen haben, ob der Schritt der britischen Regierung reaktiv begründet sei, und er werde auch die Folgen dieser Entscheidung, indem er sie in den allgemeinen Rahmen des Friedensvertrages und in das durch den Friedensvertrag vorgesehene System der Zwangsmaßnahmen stelle, abwägen haben.

Der gut unterrichtete „Evening Standard“ wendet sich gegen die Kommentare, die die französische Presse an die Nachricht von dem englischen Verzicht auf Beschlagnahme deutschen Eigentums geknüpft hat, und betont, die englische Regierung habe bereits im Dezember vorigen Jahres bekanntgegeben, daß deutsche Eigentumsrechte, die nach Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen erworben seien, der Beschlagnahme nicht unterliegen. Die neueste Entscheidung der englischen Regierung gehe noch weiter: das sei hauptsächlich auf die immer dringender werdenden Vorstellungen der englischen Interessentkreise zurückzuführen. Daß diese Bestimmungen des Versailler Vertrages, soweit sie sich auf England bezögen, aufgehoben worden seien, sei hauptsächlich geschehen, um die Räder des englischen Handels zu ölen. Das Blatt fügt hinzu, einstimmige Verkündigungen des französischen Handels würden es gerne sehen, wenn die französische Regierung in dieser Beziehung dem Beispiele Englands folgen würde, der ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen in Europa sei.

Es läßt sich nicht leugnen, daß Frankreich formal im Recht ist, wenn es bemängelt, daß England einseitig auf einen Paragraphen des Versailler Friedens verzichtet. Aber faktisch liegen die Dinge doch so, daß Frankreich wieder einmal durch seine Buchstabenreiterei die Anbahnung friedlicher und geordneter Verhältnisse auf dem internationalen Wirtschaftsmarkt zu verhindern sucht. Der in Betracht kommende Paragraph gibt den Ententemächten das Recht, im Falle eines Vertragsbruchs von deutscher Seite deutsche Guthaben im Auslande zu beschlagnahmen, so daß der deutsche Kaufmann, der Waren nach dem früher feindlichen Ausland liefert, stets gewärtig sein muß, um den Erlös seiner Ware dupiert zu werden. Wie lähmend diese Aussicht auf den internationalen Warenverkehr wirkt, braucht nicht betont zu werden. Es entspricht also nur dem geübten Menschenverstand, wenn England den § 18, der von anständigen Kaufleuten sowieso nicht zur Anwendung gebracht worden wäre, in der Versenkung verschwinden läßt. Nur ein verfnöcherter Militarismus, wie er augenblicklich in Frankreich herrscht, kann eine derartige Angelegenheit zur Kabinettsfrage machen, anstatt die Gelegenheit dazu zu benutzen, mit dem völkerverpeustenden Geist von Versailles endlich einmal aufzuräumen.

Ententekontrolle über Oesterreich.

Wien, 28. Oktober. Der englische und der französische Vertreter in der österreichischen Sektion der Reparationskommission reisen in den ersten Novembertagen mit ihren Gutachten über die Hilfeleistung für Oesterreich zur Berichterstattung an die Reparationskommission nach Paris. Die beiden Gutachten weichen ziemlich stark voneinander ab. Das englische Gutachten sieht die Errichtung einer Art Dette publique mit der Verpfändung der gesamten Aktiven, der Staatseinnahmen usw. vor. Die Errichtung einer Bank mit dem Rechte zur Ausgabe von Noten für den Export ist nicht beabsichtigt. Der englische Vertreter verlangt ferner den radikalen Abbau der österreichischen Staatswehr bei entsprechender Verstärkung der Gendarmerie und ein System von Ersparungen auf allen Gebieten. Der österreichische Vertreter verlangt keine so weitgehende Kontrolle und nimmt etwas mehr Rücksicht auf die Erhaltung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Oesterreichs, soweit das mit den zu gewährenden Krediten vereinbar ist.

Neue Schwierigkeiten in England.

London, 28. Oktober. Es wird berichtet, daß in den Verhandlungen zwischen den Bergleuten und der Regierung infolge neuer Forderungen der Bergleute Schwierigkeiten entstanden seien. Das Kabinett wird heute zu einer Konferenz mit den Bergarbeiterdelegierten zusammentreten.

Der Ausfuhrzoll für holländische Butter soll, wie „Telegraph“ erzählt, von 50 Cent für das Kilo auf 15 Cent herabgesetzt werden.

Katastrophe der Reichsfinanzen.

Zur Rede des Reichsfinanzministers.

Von Ludwig Quessel.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags hat Reichsfinanzminister Birtz in einer eindrucksvollen Rede seine Stellung zu dem Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1920 dargelegt, der klar erkennen läßt, daß sich die Finanzen des Reichs der Katastrophe zu bewegen. Die Ausgaben des Reichs werden danach die phantastische Höhe von 110 Milliarden Mark erreichen; davon entfallen 39,8 Milliarden auf den ordentlichen, 52,5 Milliarden auf den außerordentlichen Haushalt und 18 Milliarden auf Zuschüsse, die nach den Erklärungen Dr. Birtz in der Sitzung des Reichsministeriums vom 23. September für die Eisenbahnen (16 Milliarden) und für die Post (2 Milliarden) zu leisten sein werden.

Geht man bei Betrachtung des Finanzbedarfs des Reichs vom letzten Friedensjahr aus, so ergibt sich ein lawinenhaftes Anschwellen der Ausgaben:

Gesamtausgaben des Reichs	1918	1919	1920
	2,5 Milliarden	63 Milliarden	115 Milliarden

Neben Partei, die es mit der Verantwortung den Wählern gegenüber ernst nimmt, wird die Gestaltung der Dinge einer unbereinigten und sachlichen Kritik unterziehen müssen, auch wenn diese Mißfallen bei so starken Wählerfälschungen wie den Staatsangelegten und Beamten erregt. Bei Gelegenheit gehabt hat, mit Kaufleuten und Industriellen zu sprechen, der weiß, daß Industrie und Handel in Deutschland schon stark unter dem Eindruck der am Horizont der Zeiten aufsteigenden Gefahr der Einstimmung des Finanzdienstes für Staatsanleihen steht. Im Grunde ist diese Auffassung aber reichlich fundiert. Ein offener Staatsbankrott wäre allerdings gegeben, wenn das Reich für längere oder längere Zeit den Finanzdienst einstellte. Aber was wäre mit dieser Maßregel gewonnen? Der Finanzdienst erfordert in diesem Jahre 12,6 Milliarden, die Gesamtausgaben betragen aber 110 Milliarden.

Es ist ein Aberglaube, anzunehmen, daß der Staatsbankrott eine Erscheinung ist, die sich ausschließlich in der Sphäre des Besitzes abspielt. Der Staatsbankrott, den wir fürchten und der kommen muß, wenn nicht größere Sparmaßnahmen in der Reichsverwaltung platziert, Post und Eisenbahnen sanfter werden und die Siegerstaaten ihre Forderungen aus dem Friedensvertrag herabsetzen, besteht darin, daß das Reich infolge leerer Kassen den Staatsarbeitern, Staatsangestellten und Beamten nur noch einen Bruchteil des ihnen zustehenden Lohnes zahlen können. Gegenüber dieser weitaus wichtigsten Seite des Staatsbankrotts, die sich ausschließlich in der Sphäre des Proletariats der Kopf- und Handarbeiter vollzieht, hat die Einstellung des Finanzdienstes eine verhältnismäßig geringe Bedeutung. Es kann daher gar nicht scharf genug betont werden, daß der Staatsbankrott eine Erscheinung ist, die in erster Linie die Grundlagen des proletarischen Lebens bedroht.

Wenden wir uns der Frage zu, aus welchem der drei Haushaltspläne die Katastrophe der Reichsfinanzen uns am stärksten droht, so wird man zuerst zu dem außerordentlichen Etat greifen müssen. Hier hat Dr. Birtz für die Ausführung des Friedensvertrages 41 Milliarden Mark einstellen müssen. Dazu kommen dann noch 4 Milliarden für die Abwicklung der alten Wehrmacht. Im ganzen betragen die im außerordentlichen Etat eingestellten Ausgaben 52,5 Milliarden Mark. 50 Milliarden sollen davon durch Anleihe aufgebracht werden. Nun weiß man aber, daß freiwillig dem Reiche niemand etwas borgt. Die im außerordentlichen Etat angekündigte Anleihe im Betrage von 50 Milliarden Mark könnte also nur die von der Reichsbank geforderte Zwangsanleihe sein, über die im Börsesteil der bürgerlichen Presse schon viel geschrieben worden ist.

Zurückbar ernst ist auch die Gefahr, die unseren Reichsfinanzen aus dem Haushalt der Reichsbetriebe droht. Derselbe liegt allerdings dem Reichstag noch nicht vor, aber wir erfahren aus der gestrigen Rede des Reichsfinanzministers, daß der Fehlbetrag der Eisenbahnen 16 Milliarden, der Post über 2 Milliarden beträgt. Die bürgerliche Presse, insbesondere das „Berliner Tageblatt“ und die „Frankfurter Zeitung“ haben für die Verlustwirtschaft der beiden Reichsbetriebe die Ueberbureaucratie verantwortlich gemacht. Bei der Post sollen 50 000 Staatsangestellte zu viel beschäftigt werden. Die Zahl der überflüssigen Staatsangestellten bei den Eisenbahnen beziffert das „Berliner Tageblatt“ auf 100 000, die „Frankfurter Zeitung“ auf 300 000 bis 400 000. Die Organisationen der Angestellten, Beamten und Arbeiter haben gegen diese Angaben Einspruch erhoben. Die Eisenbahnen und Postangestellten führen die Verlustwirtschaft auf die viel zu niedrigen Tarife zurück. Die Post, so argumentieren sie, erhielt vor dem Kriege für die Beförderung von 100 einfachen Briefen im Fernverkehr 10 Goldmark, heute erhält sie dagegen

nur 4 Goldmark (40 Papiermark). Ein Reisender mußte früher für eine Fahrt in der dritten Klasse von Frankfurt a. M. nach Berlin rund 20 Goldmark zahlen, heute fordert man von ihm nur rund 8 Goldmark (80 Papiermark). Zu einer Zeit, wo alle privaten Unternehmungen sich ihre Leistungen in Goldmark berechnen, wofür sie dann regelmäßig den 10fachen Betrag in Papiermark erheben, sei es unmöglich, bei Post und Eisenbahn anders zu verfahren. Hätte die kaiserliche Post in der Friedenszeit 100 Briefe im Fernverkehr für 4 Goldmark, die königliche Eisenbahn einen Reisenden in dritter Klasse für 8 Goldmark von Frankfurt a. M. nach Berlin befördert, so hätten diese beiden Staatsbetriebe auch damals enorme Gebühretrüge zu verzeichnen gehabt. In Goldmark berechnet sei nicht eine Erhöhung der Tarife, sondern eine Reduzierung derselben auf fast ein Drittel ihres Friedensstandes eingetreten. Es ist beachtenswert, daß auch Dr. Birth in seiner gestrigen Rede sich die Auffassung der Eisenbahner und Postangestellten zu eigen machte.

So viel ist zweifellos an seinen Argumenten richtig, daß eine Sanierung der Eisenbahn und Post sich durch Verminderung der Staatsangestellten allein nicht erreichen lassen wird. Eine allmähliche Annäherung der Tarife an die Goldpreise der Kriegsvorzeit wird wohl platzgreifen müssen, wenn die Verlustwirtschaft der Staatsbetriebe überwunden werden soll. Wie in diesem Jahre das Reichsfinanzministerium den Mißstand der Verkehrsbetriebe zu decken gedenkt, ob durch Ausgabe neuer papierner Zahlungsmittel oder durch Anleihe, ist noch unbekannt. Aufschluß darüber werden uns wohl bald die Verhandlungen des Reichstags geben.

Zu schweren Sorgen geben auch die Zahlen des ordentlichen Etats Anlaß. Hier liegen die Dinge freilich insofern günstiger, als den Ausgaben von 30,8 Milliarden Einnahmen von gleicher Höhe gegenüber stehen. Dr. Birth hat aber in der Sitzung des Reichsministeriums vom 2. September selbst zugegeben, daß die Einnahmen in der Höhe von 30,8 Milliarden „nur auf dem Papier stehen“. In der Tat rechnen hervorragende Finanzfachverständige auch beim ordentlichen Etat mit einem Fehlbetrag von 10 Milliarden Mark. Sollte sich diese Annahme bestätigen, so ergäbe sich folgendes Bild:

Fehlbeträge 1920.	
1. Ordentlicher Etat	10 Milliarden Mark
2. Außerordentlicher Etat	50 „ „
3. Etat der Verkehrsbetriebe	18 „ „
Zusammen	78 Milliarden Mark

Es ist klar, daß diese Summe weder durch die Vermehrung der papiernen Zahlungsmittel noch durch eine Zwangsanleihe aufgebracht werden kann. Wollen die Siegerstaaten die Genuß, die ihnen die goldenen Eier legen soll, nicht abschneiden, so werden sie ihre Forderungen aus dem Verfalljahr Vertrag auf ein vernünftiges Maß reduzieren müssen. Dem Reichstag aber bleibt die fürchtbar schwere Aufgabe, Eisenbahnen und Post zu sanieren und durch rigorose Sparsamkeit auf allen Gebieten Deutschland vor dem vollkommenen finanziellen Zusammenbruch, der ja in erster Linie und am schwersten die Beschäftigten treffen würde, zu bewahren.

Bayern und Art. 48.

Die bayerische Regierung hat auf Grund Art. 4 des Art. 48 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, die den Schleichhandel oder die Preisreiberei mit Buchstaben von 1—15 Jahren und zugleich mit Geldstrafen von 100 000 M. bis 1 Million M. bedroht. So sehr scharfe Maßnahmen gegen den Bucher auch wünschenswert sind, so ist doch fraglich, ob die bayerische Verordnung verfassungsmäßig zulässig ist. Art. 48 sagt in Absatz 2:

Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reich die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.

Halbgötter.

Nicht aus grauer Vorzeit will ich Euch berichten — nicht von geschichtlichen oder römischen Heldengestalten erzählen, die man bei Lebzeiten oder nach dem Tode heilig sprach — nicht von germanischen Helden, die als Lohn für ihre Taten in Walhall am Tische der Götter speisen durften — nein, von modernen Halbgöttern, von Wesen, die unter Euch leben und wirken, will ich schreiben.

Die modernen Halbgötter sind meist ganz allerliebste Wesen mit lieblichen Gesichtern und wohlgepflegter Haut. Was „schön“ an ihnen ist und was falsch, das ist oft schwer zu entscheiden. Sie tragen kostbare Spitzen, hochdünne Seidenstrümpfe und raffinierte Schuhen von erlesenem Geschmack und sind in phantastisch hoch zu bewertende Pelze gewickelt. Oder aber — eine Abart — sie schauen mit geschwinkten Gesichtern und etwas verächtlichem Lächeln durchs Gängel auf die andächtig zu ihnen emporklimmende Menschheit hinab, mit unnachahmlicher, zweifellos oft geprobter Grazie dann und wann den Zylinder ein wenig lässend. Anstelle der Pelze trägt diese Gattung endlos lange Halbwärmer (zu deutsch Schawl!) aus weicher Wolle oder schmiegsamer, schmeichelnder Seide.

Wißt Ihr nun, wen ich meine — wer diese Halbgötter sind? — Der Großstädter, der Deutsche, nennt sie kurz „Filmstars“. — Ein hübsches Wort, nicht wahr — und passend — wenn man nicht „Star“ mit der Gattung der Vögel fälschlicherweise in Zusammenhang bringt.

Ist es nicht lächerlich, mit welchem Tamtam der „persönliche Besuch“ irgendeiner Diva, eines Publikumsleidlings, angekündigt wird. Nicht nur in Anzeigen und Plakaten, in Zeitungsnotizen und Programmbüchern, sondern auch durch besondere Lichtbilder auf der Leinwand. „Fräulein C. hat soeben das Theater betreten!“ Ist eine enthusiastische Ovation aus. Das Orchester spielt einen Tusch. Der Film ist Nebensache. Das Spiel des Fräulein C. gleichgültig. Hauptsache: sie weilt mit der Krone unter einem Dach, herrscht in irgendeiner Loge und beherrscht von hier aus die Massen.

Ein anderes Bild! Der Beginn der Aufführung im . . . Lichtspielhaus wird verköstet. Von einer Kongloge hängen bunte Teppiche herab. Diener laufen geschäftig hin und her. Bringen riesige Blumenkörbe, Kränze mit blauen, roten und lila Schleifen. Blumen, Blumen und wieder Blumen. Ist eine Blumenausstellung geplant, wird eine Er- oder Durchlaucht erwartet? Ach nein — danach würde keiner gucken. Der Hauptdarsteller, Herr A. und Fräulein B. werden erscheinen. Das Publikum wartet geduldig — auf Halbgötter muß man Rücksicht nehmen! Legies Bild! In dem . . . Theater (natürlich Lichtspiel!) hat die Vorstellung bereits begonnen. Alles blickt gespannt auf

Und dann in Absatz 4:

Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen der in Abs. 2 bezeichneten Art treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstags außer Kraft zu setzen.

Es ist eine offene Frage, ob der Begriff der Störung der öffentlichen Ordnung und Ruhe soweit ausgedehnt werden kann, wie es durch die bayerische Verordnung geschieht und ob ein gegenseitiges Überschreiten der Landesregierungen einem gemeinsamen Vorgehen auf dem Reichswege vorzuziehen ist. Unbestritten ist das Recht des Reichspräsidenten und des Reichstags, die bayerische Verordnung aufzuheben, wenn sie zu der Auflösung kommen, daß durch sie die Rechtsreinheit des Reiches mehr als erträglich gestört wird.

Rechte und linke U.S.P.

R.P.D. und linke U.S.P. fordern in einem gemeinsamen Aufruf ihre Anhänger auf, den 7. November als den dritten Jahrestag der bolschewistischen Revolution durch Volkstreffen, Kundgebungen und Straßendemonstrationen zu feiern. Die deutsche Arbeiterkraft betrachtet, von einer kleinen Minderheit abgesehen, den Tag, an dem die Moskauer Diktatoren zur Herrschaft kamen, nicht als einen Feiertag für das internationale Proletariat und wird sich von den kommunistischen Kundgebungen fernhalten.

Der Zeitungsdienst der rechten U.S.P. erläßt folgende Warnung:

Auf Grund festgestellter Tatsachen hat sich ergeben, daß von linksradikaler Seite versucht wird, durch Ausschüsse und Ueberumpelungen die Arbeiterkraft in eine Aktion zu treiben. Wir warnen die Arbeiterkraft, sich an solchen irdischen Unternehmungen zu beteiligen. Ganz besonders ergeht diese Warnung an die Arbeitslosen, die von den Ausschüssen als Stütztrupp auserselbst sind. Die Arbeiterkraft kann nicht durch solche, aus dem Arsenal piechbürgertlicher Revolutionstaktik kommenden Ausschüsse, sondern nur durch zielbewußten Massenkampf zum Siege kommen. Solche, von unklaren, unsozialistischen Elementen unternommenen Ausschüsse dienen nicht der Sache des Proletariats, sondern nützen nur der Konterrevolution.

Das neue Organ der linken U.S.P., „Die Internationale“, nennt diese Warnung ein „berleumderisches Angstprodukt“, dessen Zweck sei „den Staatsanwalt mobil zu machen“. Zu gleicher Zeit veröffentlicht die „Freiheit“ einen Artikel, in dem sie die Auffassung des „Vormarsch“ bestreitet, daß zwischen den Spaltvorgängen von 1918 und 1920 eine verbüßende Ähnlichkeit bestehe, danach sei alles ganz anders gewesen, denn die sozialdemokratische Parteipresse habe damals „direkt oder indirekt“ (1) die Revolutionäre und Kriegsgegner denunziert. Wir finden, daß der Artikel der „Freiheit“ die Ähnlichkeit nur noch vollkommener macht. Damals hat die sozialdemokratische Presse genau so vor Torheiten gewarnt, wie es jetzt die rechtsunabhängige tut, diese berechtigten und notwendigen Warnungen wurden damals zu Denunziationen umgedeutet — genau so, wie jetzt von den linksunabhängigen die nicht minder berechtigten Warnungen der rechtsunabhängigen zu Denunziationen umgedeutet werden. Die Spaltungsparteien arbeiten eben immer mit den gleichen Mitteln.

Die „Internationale“ veröffentlicht ferner einen Beschlus der R.P.D.-Zentrale, der die rechtsunabhängigen für „Gegenrevolutionäre“ und „Verbündete der Bourgeoisie“ erklärt. Sie kündigt zugleich einen Vereinigungsparität an und bemerkt dazu:

Die Ueberstimmung in den Grundfragen wird das Uebergangsstadium für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland erträglich gestalten. Wir hoffen, daß es recht kurz sein möge, und sind mit unseren Freunden von der R.P.D. der Meinung, daß organisierte Hemmnisse den Zusammenschluß nicht unnötig verzögern dürfen.

Das Wort „Uebergangsstadium“ läßt darauf schließen, daß auch die linksunabhängigen die Stunde der entscheidenden Aktion nicht für gekommen erachten. Dann aber sollen sie den Mund nicht so weit aufreißen und ihre Anhänger nicht durch großartige Redensarten irreführen. Jede Dummheit, die infolge dieser Irreführung beangigen wird, kann zur schlimmsten reaktionären Schweinerei führen, mit der wieder aufzuräumen dann der sozialdemokratischen Arbeiterkraft überlassen bleiben wird.

Die Erfurter „Tribüne“, die mit polizeilicher Unterstützung von den rechtsunabhängigen zurückerobert worden war, ist jetzt durch einen Schiedsspruch den linksunabhängigen zugesprochen worden.

Die peinlichen Zechengewinne.

In der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ zitiert Dr. Kuzinski, Mitglied der Sozialversicherungs-Kommission, folgende Ausführungen, die Mothenau dort gemacht hat:

„Wie ist es denn heute? Heute wird zwischen dem Unternehmer und dem Kohlenverband ein Verkaufspreis arrangiert, bei dem der Unternehmer bestimmd ist, weil der Reichskohlenverband und der Reichskohlenrat ja doch überhaupt — bezugnehmend Sie mit, Herr Unterstaatssekretär, wenn ich das sagen darf — Sie sind ja nicht schuld an dem ganzen Lauf der Dinge, ich muß das aber sagen — heute keine Farcen sind. Das sind doch Kinderstücke, die hier vertrieben werden. Wir haben uns aus den Protokollen informiert, und ich habe mich auch sonst informiert über das Beharren und komme zu dem Schluß: Das ist ja doch eine Sode, die überhaupt im merkantilen und im handelsrechtlichen Sinne eine Rücksicht ist. Heute steht die Sache so aus: es wird im Dunkeln Blindes geistert, und es wird irgendein Kohlenpreis vereinbart, der natürlich nicht nur eine gewöhnliche Unternehmerrente enthält, sondern eine Unternehmerrente, die so dick ist, daß die Unternehmer selbst anfangen, sich zu interessieren. Ich habe vor zwei Tagen mit einem der größten Interessenten des Kohlenverbandes gesprochen und habe ihm das einmal gesagt. Darauf hat er mir geantwortet: „Ja, glauben Sie nicht, daß die Sache mir auch sehr peinlich ist? (Heiterkeit.) Glauben Sie nicht, daß ich in Ausschüssen oft genug zur Sprache gebracht habe, daß die Dinge so nicht weitergehen können?“ Dann habe ich ihn gestört: „Was hatten Sie denn nun vom Reichskohlenverband?“ Da hat er mir Dinge geantwortet, die ich hier wiedergeben unterlasse. Also ich kann nur sagen: heute liegt die Sache so, daß einfach ein Kohlenpreis festgesetzt wird, der nicht nur eine Rente enthält und eine Rente garantiert, die angemessen ist, so wie ich sie mir denke, sondern eine Rente, die ich ungefähr so einschätze, daß der Unternehmer sehr unzufrieden sein und sich vor seinen Angestellten genieren müßte, wenn er nicht in einigen Monaten das Aktienkapital verdient. Ich glaube aber: er braucht sich nicht zu genieren. (Heiterkeit.) Also die Dinge liegen wirklich so, wie sie nicht weitergehen können.“

Der Attaché im Ballhaus.

Hamburg, 27. Oktober. (Zl.) In der französischen Presse beschäftigt man sich gegenwärtig, wie aus Paris gebracht wird, sehr erregt mit einem Zwischenfall in Hamburg, bei dem der Attaché des französischen Konsuls in Hamburg tätlich angegriffen worden ist. Das „Hamburger Fremdenblatt“ erzählt von der Hamburger Polizeibehörde dazu folgendes: In der Nacht zum letzten Sonnabend hielt sich der Attaché in dem Hamburger Ballsaal „Rosa“ auf. In seiner Begleitung befanden sich zwei andere Franzosen, ein Jüngling und ein älterer Kaufmann. Als die Franzosen das Lokal verließen, sahen sie sich von einigen Herren und Damen, die vorher im Ballhaus gewesen sind, umringt. Es kam zu einem erregten Wortwechsel, in deren Verlauf man mit Spazierstöcken aufeinander einwirkte. Am schlimmsten kam der Attaché davon, der mehrere Verwundungen erhielt. Wachemeister machten dem unliebamen Streit ein Ende und sistierten verschiedene der Beteiligten. Gegen einen der Beteiligten, der Reserveoffizier ist, ist Strafantrag gestellt worden.

Wie lange noch?

Wir haben die Republik, die Demokratie — Des Volkes Verächter erheben die Häupter wie nie. Sie weihen die schimmernde Wehr, sie pugen die Helme, und sammeln allmählich im Lande die Narren und Schelme. Mit Rammon sind sie versehen — es rann der Duell als Kriegesgegenstand den Armen von Müden und Feil. Die eifrigen Heher wuhnten ihn häufig zu schäpfen, nun brauen sie wieder Unrat in schmierigen Töpfen. Verpesten die Luft mit Dummheit und gräullichem Lärm, erblicken Zwicktracht und Vohheit aus kurzem Gedärm. Wir haben die Demokratie, die Republik, und dennoch wird Orgeß und ähnliches Heßertum die für schmähliche Sündenlast fordern sie gnädige Richter, mit großen Mäulern quittiert darob das Geschick. Wenn sie nicht erkennen den sinkenden Berg ihrer Schuld, warum denn nur allezeit und ewig für sie noch Geduld? Scharaff

Sanquos Geist in der Wissenschaft. Den Ausschluß der Deutschen von dem in Paris abgehaltenen „internationalen“ Physiologenkongreß der Ostentländer, der damit dem Kaiserlichen und Chirurgenskonkreß nachfolgt, beklagt und tadelt Antonino Nulle im „Mesto del Carlino“ (Bologna). Unmöglich könne man über Physiologie reden, ohne zahlreiche deutsche Namen zu nennen. Frankreich gehe es mit Deutschland wie Kochbeil mit Sanquos Geist. Die Personen auszuscheiden, wenn man sich auf ihre geistigen Leistungen unverwert stützen müsse, sei lächerlich und gefährlich. Frankreichs Versuch, die deutsche Führung in der Wissenschaft zu übernehmen, seien bisher mißglückt. Die blühende Straßburger Universität sei ruiniert durch die Art der Besetzung der Lehrstühle. Nulle schließt bei einer Wohnung an die Italiener, die Gemeinschaft der Wissenschaft wiederherzustellen, da Italien mit deutscher Wissenschaft und Hilfe groß geworden sei.

Der Kampf um Bismarcks Erinnerungen. Der heute vor dem Landgericht I angetreten werden sollte, mußte verschoben werden. Räder der belandlich Wädeln von Amerikanern, der die Gotische Verlagshandlung hindern will, den A. Band von Bismarcks Erinnerungen herauszugeben, indem er ein Urheberrecht an seinen darin enthaltenen Beiträgen geltend macht.

Jakob Wassermanns neuer Romanband „Der Wendezirkel“ ist soeben bei S. Fischer, Berlin erschienen. Neue Opern. Die Wädelner Oper bringt „Das Schicksal“ von Franz Schreier in der sogenannten „Münchener Bearbeitung“ zur Aufführung. In der urständlichen Fassung blieb das „Der Spielwerk und die Prinzessin“. — Das Hamburger Stadttheater erwacht das Recht der reichsdeutschen Aufführung der drei neuen Opern von Vaccini.

die Leinwand. Plötzlich flammt in einer Loge Licht auf. Entzückt ob der Störung blickt man sich um. Ach so: Die Diva ist erschienen! Das entschuldig. Mit Wäde verfolgt man das Stück. Pause. Hochachtung, dort sitzt Frau A. mit ihrem Anhang. In einem blühenden, duftenden, kostbaren Garten. Sie lächelt. Einige Klatschen. Im Theateraal wird es unruhig. Der zweite Akt steigt. Der Film — ein Ereignis der Frau A. ist nicht — überschwängliche Sentimentalität. Man würde ihn ablehnen — aber die schöne Frau sitzt ja dort oben. Man darf sie nicht erzürnen, darf den Halbgott nicht lästern. Licht flammt auf. Die gut diskretisierte Clique beginnt ihre Arbeit — alles fällt ein. Lächelnd erhebt sich die Diva, zerpfückt die teuren Blumen, wirft sie ins Parkett, das Publikum jauchzt, balgt sich um die Blüten. Extravotstellung. Die Diva thront in erhabener Höhe. Lächelnd, siegesbewußt, selbstherrlich. Sie weiß, sie ist ein Halbgott.

Ist das nicht lächerlich? Oder vielmehr: ist dieses Gebaren erwachsener Menschen, die ein tätiges Glied der Gesellschaft sind, nicht zum Deuten? Menschen, bestimt Euch! Erniedrigt Euch nicht vor Euch selber! Freut Euch, wenn Euch der „Star“ geliebt, huldigt ihm still für Euch, empfiehlt das gefundene Stück, aber macht den Gegenstand Eurer Begeisterung nicht zum Halbgott, der Eure Huldbigung als schuldigen Tribut verlangt, provoziert — und arrangiert. E. E.

Aus Frankreichs dichterischem Schaffen. Die lagedruckartigen Aufzeichnungen aus den Jahren 1890—1905, die Gustav Frenssen fordern unter dem Titel „Grübelereien“ bei der Grotteschen Verlagshandlung in Berlin veröffentlicht, gewähren einen tiefen Einblick in die Wesensart und die künstlerische Werkstatt dieses Dichters. Er bekennt: „Ich wäre ein größerer Künstler, wenn ich dunkler und dümmere wäre oder wenigstens mehr dunkle und dumpe Tiefen in der Seele hätte.“ Aus Schmerz werden seine Bücher geboren. Als man ihm sagt, wie glücklich er doch über den Erfolg von Nöten ist, sein müsse, meint er: „daß das Buch ein schweres Erlebnis und Bekenntnis war und aus einem schweren Sorgenkreis gekommen und bei dem Verfasser ein Gefühl hinterließ, das aus Trauer und Scham gemischt war.“ Dennoch ist ihm sein Denken das höchste: „Die einzige reine Freude, die ich habe, ist das Rabulieren; das liegt außerhalb des Weibes, ja außerhalb des Menschenbeseins. Man schaltet und waltet wie Gott selber.“

Die Entstehungsgeschichte seiner Werke erzählt er folgendermaßen: „Meine Geschichten beginnen mit dem Interesse an Selbstentzückung und an mir bekannten Personen und deren Erlebnissen. Aber bald erschaffe ich, daneben und darin, erdichtete Personen, die jene Erlebnisse in sich aufzunehmen, sie verschlucken. Diese erdichteten Personen haben zuerst ein schwaches, schemenhaftes Leben und wollen immer wieder zerfallen. Um ihnen mehr Mut und Stärke zu geben, nimmt man wieder von der wirklichen Welt Einzelheiten und legt sie ihrer Seele und ihren Erlebnissen zu. Es geschieht das alles aber unbewußt. Allmählich finde ich mich wie mit höherer Kraft begabt; ich herrsche fast übermäßig und sicher in allen Geheimnissen dieser selbstgeschaffenen Persönlichkeiten.“

Ruf nach der Zwangswirtschaft.

Hannover, 28. Oktober. (Denn.) 40 Stadtvorstandsmitgliedern der Provinz Hannover haben die Auffassung vertreten, daß nur durch die sofortige Wiedereinführung der Zwangswirtschaft die mangelhafte Nahrungsmittelversorgung für das Land Hannover verbessert werden könne.

Aus Oberschlesien.

Beuthen, 28. Oktober. General De Mond hat die von deutscher Seite gewählten Vertreter für den paritätischen Beirat in Oppeln, den Landrat v. Brockhausen-Tornowitz (Deutschland) und den Schulrat Schepanski-Melowski (Zentrum) mit der Begründung abgelehnt, daß sie Beamte seien.

Ein ungarisches Panama.

Budapest, 28. Oktober. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung kam es zu wüsten Lärmigkeiten gelegentlich der Beantragung einer Interpellation wegen der Zuderpreise. Abgeordneter Grefl machte den Finanzminister Koranyi für die hohen Zuderpreise verantwortlich und erklärte, daß Koranyi den Zuderfabrikanten ein Geschenk machen wolle. Finanzminister Koranyi rief: Das ist eine Schandthat, so etwas zu behaupten. Großer Lärm. Grefl: Ich muß den Minister offen eines Panama anklagen. Koranyi: Wenn man den Minister öffentlich eines Panama beschuldigt, so muß man diese Anschuldigung sofort beweisen können. Grefl bleibt bei seiner Behauptung. Es kommt zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Grefl und Koranyi. Grefl erklärt, seine Behauptung vor einer unparteiischen Kommission beweisen zu wollen.

Verkehrsbeförderungen in Gollat. Der Reichsverkehrsminister hatte für gestern die Präsidenten sämtlicher deutschen Eisenbahndirektionen nach Gollat berufen, um mit ihnen hier wie vor einigen Wochen in Würzburg die laufenden Fragen aus allen Dienstzweigen zu erörtern. Kärger Gegenstände auf dem Gebiet des Personalwesens, des Betriebes und Verkehrs (Kohlen, Karstoffe, und Rübenbeförderung) wurden namentlich die finanzielle und wirtschaftliche Lage besprochen. Dabei wurden auch die Vorschläge berührt, die dem bestehenden Mangel organisatorischer Maßnahmen abzuhelfen soll.

Erweiterung der Flüchtlingsfürsorge in Preußen. Noch immer ist der Strom der Flüchtlinge aus den Grenzgebieten nicht zum Stillstand gekommen, indem täglich neue Scharen Obdachloser einreisen, die der Hilfe dringend bedürfen. Die Hilfe des Staates und des Roten Kreuzes reicht nicht aus. In Anerkennung der durchführbaren Vorschläge der Flüchtlingsrat der Staatskommission für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege in Preußen dem Bundesrat der deutschen Grenzmarkenverbände Sammlungen zugunsten reichsdeutscher Flüchtlinge aus den deutschen Grenzgebieten genehmigt.

Prassati Posthalter in Berlin. Es bestätigt sich nach einer Mitteilung der T. u. B. Nachrichten, daß Senator Prassati, der Direktor der Berliner „Stampa“, zum italienischen Posthalter in Berlin ernannt wurde. Seine offizielle Ernennung wird in einigen Tagen erfolgen. Prassati war während des Krieges Neutralist.

Groß-Berlin

Der sümmische Liebhaber.

Ein durchtriebener Gauner, ein kaum neunzehnjähriger Junge, der den sümmischen Liebhaber spielte, um sich Gelegenheit zu verschaffen, wurde gestern von der Kriminalpolizei inhaftiert gemacht. Rudolf Sebastian ist der richtige Name dieses jungen Don Juan, der aber sich die Künstlernamen Egon Nordell und Fred Orlando beilegte. Seinen Damen, deren Bekanntschaft er suchte, stellte er sich bald als Schauspieler, bald als Tanzmeister, dann wieder als Sümmischenspieler oder auch als Theaterinspizient vor. Hatte so eine kleine Feuer gefangen, dann erklärte der junge Don Juan ihr nicht nur seine grenzenlose Liebe, sondern wünschte auch sofort zu ihren Eltern geführt zu werden, um auch diesen seine Liebe zu ihr zu gestehen. Damit fiel ja nun der jugendliche Liebhaber aus der Mode, weil die Herren Nardelli und Fred Orlando diesen Weg am meisten scheuten, und weil es doch „so“ auch viel interessanter ist. Dennoch löschten sich die jungen Mädchen gern in diese unerwartete Wendung, und bald hand der junge Liebhaber vor seinen Schwiegereltern. Der sümmische Liebhaber ließ sich gütlich bewirten und empfahl sich dann mit dem Versprechen auf baldiges Wiedersehen. Nun ließ sich Sebastian aber gar nicht mehr sehen. Denn mit dem jungen Mann war auch dieser oder jener wertvolle Gegenstand, meistens aber die Damenhandschuh mit Ringel ver verschwunden, und die Vermutung, daß dieser sie mitgenommen haben könnte, wurde dadurch zur Gewissheit. — Aber Sebastian war nicht so einseitig. Auch andere Kniffe brachten ihn zum gleichen Erfolg. So suchte er eine Damenschneiderin auf, bestellte bei dieser für seine Perimeter, eine Längerin, ein neues Kleid, ließ sich Broten und Kutter zeigen und in der Zwischenzeit ein Glas Wasser bringen, um während des Alleinseins einzusehen, was er für mitnehmendes Mittel. Gehehrt wurde der vielgeliebte junge Mann auf dem Sophie-Charlotte-Platz von Versteigern ermittelt, der Kriminalpolizei übergeben und von dieser dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Kriminalkommissar Gennat, der die Schwindelereien des jungen Liebhabers „bearbeitet“, ist jedoch der Ansicht, daß er noch eine ganze Reihe von Verbrechen dieser Art begangen hat, die noch nicht zur Kenntnis der Kriminalbehörde gelangt sind.

Ein eingeschlagener Geschworener.

Ein nicht alljährlich vorkommender Zwischenfall ereignete sich Mittwoch in einer Sitzung des Potsdamer Schwurgerichtes. Zur Verhandlung stand eine Anklage wegen verurteilter Tötung gegen vier Angeklagte, die sich bis gegen Mitternacht hinso. Rechtsanwält Schneider stellte fest, daß während der Verlesung des Beschlusses der Geschworenen ein Geschworener mehrmals eingestiegen sei. Er beantragte, diesen Vorfall zu protokollieren. Der Staatsanwalt schloß sich diesem Antrage an. Der Vorfall wurde protokolliert. Der betreffende Geschworene wurde in der heutigen Verhandlung bei der Auslösung von der Staatsanwaltschaft abgelehnt.

Für 600 000 Mark Stoffe beschlagnahmt.

Beamte der Schutzpolizei fanden heute morgen gegen 4 Uhr vor dem Hause Wirtzenbergische Straße 40 einen großen Ballen Stoff im Werte von 600 000 M. Die beschlagnahmten die Ware, die wahrscheinlich von einem Einbruch herrührt. Trotz eifriger Nachforschung ist es bisher nicht gelungen, den Dieb zu ermitteln.

Antisemitische Hehe in den Gemeindeschulen.

Uns liegt ein Klageblatt vor, welches handschriftlich in einer hiesigen Gemeindeschule verfaßt wird und in welcher Weise unter Aufsichtnahme der üblichen deutschnationalen Nebenpartei zur Judenhehe auffordert. Es wird darin gleichzeitig zum Bei-

tritt zu einem Deutschnationalen Schülerbund geworden. Aus dem Inhalt ist namentlich hervorgehoben, daß darin von der Einrichtung eines Disziplinbureaus die Rede ist, das die Mitglieder des Bundes beobachten soll, ob sie nicht mit Juden reden. Dann heißt es: „folgt uns und nicht den verfluchten Judenbunden!“ Zum Schluß wird mit großen Schimpfwörtern gegen einen bestimmten Juden gehetzt, der ebenfalls Lump, Betrüger, Schuft, Schweinehund, Schieber und Wüster genannt wird. Das Blatt zirkuliert in der Oberstufe der 81 Gemeindeschule in W.-Moabit, Ecke Wilsdröder Straße. Es ist dies dieselbe Schule, in welcher ein sozialistischer Lehrer seiner Beförderung wegen dauernd den ärgsten Demagogisierungen ausgesetzt ist. An der Spitze der Schule steht Viktor Weike, ein Mann von ausgesprochen reaktionärer Gesinnung. Ferner tut sich ein Lehrer namens Steiner, besonders bei der reaktionären Hege hervor. Es ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Herren bei der Bildung der Vereinigung, von der das genannte Klageblatt ausgeht, nicht unbeteiligt sind. Nebenfalls haben sie nicht geizt, um derartigen Hege, die geeignet sind, das kindliche Gemüt zu vergiften und mit Gift zu erfüllen, in irgendeiner Weise entgegenzutreten.

Bureaunationalismus.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Seit ca. 2 Jahren wird mir als Kriegsteilnehmer Krankentrost vom Magistrat Berlin auf Grund ärztlichen Attestes gewährt. Nun besteht in der Zentralstelle für Krankenernährung die Meinung, daß vier Monate gewährt, die betreffenden Karten jedoch mittels Einkaufsbefreiung nur für drei Monate ausgestellt werden. Dann folgt mit einem zweiten Einkaufsbefreiung nach Ablauf der ersten 3 Monate eine einzelne Proffkarte. Für diesen Brief muß man jetzt außer dem hohen Porto von 60 Pf. auch noch 10 M. Einzahlung leisten.

Es scheint den Beamten der Zentralstelle wohl noch niemals der Einfall gekommen zu sein, daß hier eine Vereinfachung der Geschäftsführung möglich wäre. Ja, diese Vereinfachung muß ermöglicht werden, da es den Kranken, die nur über äußerst geringe Einkünfte verfügen, außerordentlich schwer fällt, das doppelte Einkaufsbefreiung für die betreffenden Nährmittel zu tragen. Wir sind bekanntlich draut und dran, unsere Wirtschaft — und dazu gehört auch die Verwaltungsbürokratie — so rationell wie möglich zu gestalten. Es ist deshalb nicht ersichtlich, wie man mit diesem Grundlag es vereinfachen kann, in vielen laienem Fällen eine erhebliche Mehrbelastung der Post und auch noch eine Mehrbelastung der Steuerzahler so gedankenlos vorzunehmen. Hätten wir einen wirklich denkenden Beamtenapparat, müßte es doch sehr einfach sein, die Nährmittel je nach dem vorhandenen Vorratbestande ebenfalls auf ein Vierteljahr statt auf 4 Monate zu gewähren und sie dem Kranken zugunsten. Den Kranken würde es sicherlich gleich sein, ob er noch 8 oder noch 4 Monaten einen neuen Antrag auf Weitergewährung der Nährmittel stellen muß.

Nachtragsbescheid an die Zentralstelle für Krankenernährung auf diesem Wege das höchste Erlöschen, diesen Vorschlag abzuweisen, da persönliche Beschwerden sich bisher als zwecklos erwiesen haben.

Heber Millionenbetrug bei einer Abwicklungsfälle berichtet ein Mitteilungsblatt. Es handelt sich um die Abwicklungsfälle des Sturmabteilung III in Potsdam. Die beiden Beamten der Abwicklungsfälle, der stellvertretende Verwalter und der Zahlmeister Berndt, sind in einem Gastwirthshaus verhaftet worden. Der stellvertretende Verwalter führte die Kasse der Abwicklungsfälle des Sturmabteilung III, die aus der Eisernen Division hervorgegangen ist, so unordentlich, daß man ihm als Kontrollbeamten der Zahlmeister Berndt, der sich gleichfalls der Eisernen Division angeschlossen hatte und im Hauptlager sah zuteilte. Berndt ist ein vielfach wegen Betruges und schwerer Urkundenfälschung verurteilter Mann, der nie das Zahlmeisteramt gemacht hat. Die beiden haben das Reich um viele Millionen geschädigt. Diesen Leuten sollen Beträge bis zu 800 000 M. in barem Gelde in die Hand gegeben worden sein, ohne daß sich eine Stelle darum gekümmert habe, ob diese Gelder auch bestimmungsgemäß verwendet wurden. Eigentlich sollten damit die Entlassungsgelder der aus dem Heere austretenden Soldaten gezahlt werden. Jetzt stellt sich heraus, daß nur die Leute ihr Geld bekommen haben, die mit Beschwerden und Anzeigen drohten.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist ein 48 Jahre alter Schauspieler Billy Müller geworden, der in einem Privathotel in der Kauerstraße 62 wohnte. Man fand ihn gestern abend erstickt in seinem Zimmer tot auf dem Fußboden liegen. Das Zimmer war mit Gas gefüllt, das, wie die Ermittlungen ergaben, der schlaft gewordenen Zeitung entströmt war. Seine Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schaubause gebracht.

Die Leiche des Kaufmanns Rulenkampff aus Hamburg, der von seinem Landmann Gustav Lange im Hotel in der Mittelstraße erschlagen und beraubt worden ist, wurde gestern nachmittag von dem Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Stoermer im Leichenhause obduziert. Dabei ergab sich, daß der Mörder sein Opfer auch am Halse gepackt und gewürgt hat. Der Tod ist jedoch durch Verkrümmung des Schädels eingetreten. Durch drei wichtige Schläge ist die Schädeldecke an drei verschiedenen Stellen zertrümmert worden.

Warnung! Der Bund heimattreuer Oberschlesier erfuhr uns um Aufnahme folgender Stellen: Die vom Deutschen Schützenbund veranstaltete Sammlung der Spende für Oberschlesien wird, wie wir vor zuverlässiger Quelle erfahren, von den polenfreundlichen Oberschlesierern gemißbraucht, indem sie unter dem Namen „Oberschlesische Volkspartei“ und „Bund heimattreuer Oberschlesier“ Sammlungen veranstalten. Ihre Betätigung bezweckt eine Loslösung von Deutschland. Die Bürgerchaft Neuföhns bitten wir, nur die mit Poststempel versehenen Sammellisten als echt anzuerkennen und alle anderen zurückzuweisen.

Rommes. Gemeindevertretung. Ein vorgelegter Entwurf zu einem Weidertag für die Siedlungsbauer der Gemeinde rief eine mehrstündige, lebhafteste Aussprache hervor. Genosse Alperschied (S. V. D.) wünschte verchiedene Änderungen, da der Vertrag sonst für seine Fraktion nicht annehmbar sei. Der Vertrag wurde zur nochmaligen Beratung an den Siedlungsbauern zurückschickend. Für den Bau von 4 weiteren Siedlungsbauern wurden 250 000 M. bewilligt, auch die Maurer- und Zimmererarbeiten in eigener Regie der Gemeinde ausgeführt werden. Zur Errichtung einer Küche für Erwerbslose wurden 80 000 M. zur Verfügung gestellt, trotzdem eine Resolution der Erwerbslosen vorlag, die Küche nicht zu errichten, sondern Mittel bereitstellen für Naturalien und billigen Zucker. G. V. Rothmann (Dem.) machte die Mitteilung, daß eine Sitzung der hiesigen Industriellen sich mit den Erwerbslosen beschäftigte und durch 13 Herren 42 000 M. gesammelt wurden. Er hofft, diese Summe auf 100 000 M. zu bringen, da einige Vertreter größerer Betriebe noch keine bindende Erklärung abgegeben konnten. — Für bauliche Veränderungen in dem für die Zwecke eines Rinder- und Altersheims erworbenen bisherigen Invalidenheim wurden 80 000 M. bewilligt, ebenfalls 10 000 M. für Beschaffung von neuem Schlauchmaterial für Feuerlöschzwecke.

Grünen. In einer Beamten- und Angestelltenversammlung referierte Genosse Ribbins über das Thema: „Die Beamten und Angestellten und die jetzige Regierung.“ In überzeugenden Ausführungen legte der Referent dar, daß es die Pflicht der Beamten und Angestellten sei, sich mit der reorganisierten Arbeiterschaft zusammenzuschließen, denn nur die alte Sozialdemokratie trete allein für die reelle Erfüllung der Beamtenrechte ein. Der Leiter, Gen. Lehrer Streichert, schloß die gütlichste Versammlung mit dem Appell: „Deraus aus der Passivität, hinein in die Sozialdemokratische Partei.“ Vertreterklärungen können im Lokal von Berner und Kocha abgegeben werden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 29. Oktober.

Neuföhns. 7. Ubl. 7½ Uhr Funktionärsberatung bei Nichts. (S. 10.)

47. Uhr. Für die am Sonntag, den 7. November, stattfindende Theaterparade sind noch Eintrittskarten à 2,50 M. beim Gen. Ross, Bismarckstraße, oder Müller- und Ullricher Straße, zu haben. Eintrittsbort Karten zur Revolutionstheater.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Sozialdemokratische Vereinigung. Versammlung am Freitag, 29. Oktober, abends 7½ Uhr, im Saale des Eichenbäumchen-Kaufhaus, Berlin W. 30, Kollwitzplatz 9. Vortrag des Leiters der Geschäftsstelle Saar-Berein, Herrn Th. Vogel über: „Die Geschichte und die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes und der Saarländer Not unter der französischen Fremdherrschaft.“ — Christlich-sozialistische Arbeitsgemeinschaft (W.). Montag, 1. November 7 Uhr, öffentlicher Vortrag in der Aula der 22. Gemeindeschule, Berlin W., Paulstraße, 15. Dr. V. Krüger: Sozialismus und Familie.

Sport.

Rennen zu Kariobork. 27. Oktober. (Katholik) S. 10. 1. Jagdrennen. 1. Vorilla (Hüniger), 2. Landrat (H. Leimann), 3. Rotoreine (Khalde). Tot: Sieg 11:10, Pl. 33, 30, 26:10. Renner: Kien: Robbia, Hüger, Paulcher, Rote, Bardeis, Boerghem (A.), Kollwitz, Kollwitz (H.). — Wallerturm-Jagdrennen. 1. Rennerabend (H. Leimann), 2. Wetterheide (H. H.), 3. Windmühl (H. H.). Tot: Sieg 15:10, Pl. 12, 16:10. Renner: Kien: Koland (A.), Koland (ausgeh.), Koland (ausgeh.). — Der Lehrling T. H. P., der mit Kollwitz zu Fall kam, jagt sich erhebliche Quetschungen zu, während Standinger, der im Saarbrücken-Rennen gegen eine Orange ritt, einen Bruch des linken Unterarms davontrug. — Der alte Kollwitz, der im Wasserrennen zu Fall kam, brach sich ein Vorderbein. Er mußte deshalb ershoben werden.

Generalversammlung der Konsumgenossenschaft.

Unter ungeheurer Androhung hielt die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung am Mittwoch ihre Generalversammlung in der Neuen Welt ab. Der große Saal reichte kaum aus, um die Massen aufzunehmen. Wie in den letzten Jahren, so spielten auch diesmal wieder die Fortgegenstände in die Erweiterungen hinein, aber es kam nicht mehr, wie früher, zu tumultuösen Auftritten. Trotz lebhafter Debatten nahm die Versammlung einen geordneten Verlauf.

Den Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr erstattete der Geschäftsführer Mirus. Er lagte unter anderem: Die hohen Bodenmieten und Einrichtungskosten waren der Entrichtung neuer Verkaufsstellen sehr hinderlich. Es konnten nur 9 Verkaufsstellen für Lebensmittel und 7 Spezialgeschäfte eröffnet werden, außerdem das erste Konsumwarenengeschäft in der Brunnenstraße, welches einen Umsatz von 3 600 000 M. erzielte. Es ist beabsichtigt, noch und nach 12 bis 15 weitere Geschäfte zu errichten. Schon in den nächsten Tagen wird in der Reinickendorfer Straße das zweite Konsumwarenengeschäft eröffnet werden, dem dann ein drittes in der Rosinenstraße in Charlottenburg folgen wird. Der Gesamtumsatz der Genossenschaft belief sich auf 140 Millionen Mark, das ist eine Steigerung von 207 Prozent gegen das Vorjahr. Die Beteiligung der Mitglieder am Einkauf ist noch nicht befriedigend. Mein zahlenmäßig ergibt er für das letzte Jahr ein ungenügendes Bild. Der Referent erklärte das mit den Gründen, die er bereits in einer Eingangsrede auf unsere Besprechung des Jahresberichts im „Vorwärts“ gegeben hat. Die Ertragsübersicht beläuft sich auf 861 665 M. gegen 250 000 M. im Vorjahre. Es wird eine Rückvergütung an die Mitglieder von 2 Prozent vorgeschlagen. Da der Warenbestand einen Wert von 22 Millionen darstellt, das Betriebshospital aber nur 4 Millionen beträgt, so ist eine Stärkung des letzteren notwendig. Es wird vorgeschlagen, die Geschäftsanteile der Mitglieder auf je 150 M. zu erhöhen.

Den Bericht des Aufsichtsrates erstattete dessen Vorsitzender Lange.

Genau setzte die Diskussion ein. Sie drehte sich vorwiegend darum, daß durch die vorjährige Wahl die der S. V. D. angehörenden Mitglieder vom Aufsichtsrat und dadurch von der Mitarbeit in der Genossenschaft ausgeschlossen sind und der Genossenschaftsrat eine parteiische Zusammensetzung des Aufsichtsrates ablehnt. Unter Parteigenosse Schlegel sagte, aus dem Geschäftsbericht gebe hervor, daß sich die Genossenschaft in einer gewissen Krise befinde. (Mirus bestreitet das.) Die Gründe dafür seien zu suchen in der einseitig nach parteipolitischen Gesichtspunkten unter Ausschluß der S. V. D.-Mitglieder zusammengesehten Verwaltung. Eine die Hälfte der Mitglieder hätten von ihrem Geschäftsanteil erst weniger als 20 M., zum Teil noch gar nichts eingezahlt. Das zeige, wie mangelhaft der genossenschaftliche Gedanke unter den Mitgliedern entwickelt sei. Deshalb habe man alle Ursache, die politischen Streitigkeiten beiseite zu lassen und jede, der in der Verwaltung mitarbeiten wolle, die Möglichkeit dazu zu geben.

Genosse Gütler rief ebenfalls die einseitige Zusammensetzung der Verwaltung. Lediglich die Mitgliedschaft der S. V. D. sei maßgebend bei der Besetzung von Ämtern. An die Stelle von drei ausgetretenen Vorstandsmitgliedern, die der S. V. D. angehören, seien U. S. P.-Mitglieder berufen worden. Der Geschäftsführer Junger sei abgegangen, weil er die unter der Leitung von U. S. P.-Mitgliedern eingerichtete Verwaltung nicht habe verantworten können.

Lange und Mirus bestritten diese Angabe ganz entschieden. Nicht die Parteistellung, sondern nur die Befähigung sei bei der Besetzung der Ämter berücksichtigt worden. Junger habe schon vor einigen Jahren seine Absicht, eine andere Stellung anzunehmen, geäußert. Auf Anrathen von Mirus sei er während des Krieges nicht abgegangen. Dann habe er gekündigt, was er aber nachträglich bedauert habe. Mit der Zusammensetzung des Aufsichtsrates habe Junger nichts zu tun.

Fast einstimmig wurde dem Vorstand Entlastung erteilt, die Bilanz, die vorgeschlagene Verteilung des Ueberschusses und die Zahlung einer Rückvergütung von 2 Proz. genehmigt. Die von der Verwaltung beantragte Erhöhung des Geschäftsanteils auf 150 M. wurde nach langer Debatte gegen eine kleine Minderheit beschlossen.

Gütler beantragte, den Vorstand und Aufsichtsrat zu beauftragen, unverzüglich Schritte zu tun, um eine Änderung des Genossenschaftsgesetzes herbeizuführen, die es ermöglicht, daß das Delegiertenystem für die Generalversammlung eingeführt und die Delegierten sowie der Aufsichtsrat nach dem Verhältnisystem gewählt werden.

Lange erklärte, der Vorstand und der Aufsichtsrat seien mit dem Antrage einverstanden. — Einige Gangradikale wandten sich gegen den Antrag. Einer derselben rief mit Empfindung aus: „Wir werden der S. V. D. folgen.“

„Das die Demokratie nicht zum Siege kommt.“

Der Antrag wurde, soweit er das Delegiertenystem forderte, mit großer Mehrheit angenommen, soweit er die Verhältniswahl befürwortete, mit äußerst schwacher, vielleicht sogar zweifelhafter Mehrheit abgelehnt.

Ein Antrag, in den Aufsichtsrat die Hälfte der Kandidaten von jeder der beiden vorliegenden Listen zu wählen, da eine nach politischen Gesichtspunkten erfolgende Wahl dem Genossenschaftsgesetz widerspreche, wurde gar nicht zur Abstimmung gebracht. Wer nach diesem Vorschlag wählen wolle, könne es tun, sagte der Vorsitzende.

Nach dem in später Nachtstunden festgestellten Wahlergebnis sind auf die Liste Gütler (S. V. D.) 2011, auf die Liste Wallter (U. S. P.) 204 Stimmen abgegeben. Die letztere ist damit gewählt. Durch eine sehr geringe Mehrheit sind also die Mitglieder der S. V. D. auch für dieses Geschäftsjahr von der Mitarbeit im Aufsichtsrat ausgeschlossen.

